



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/35 - 10. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Bundesbankkassenlage und Kriegsgefangenenentschädigung	S. 1
Der Fluch der Überproduktion/ Bericht aus den USA	S. 3
Vor einer Neuordnung der Arbeitslosenversicherung	S. 6
Strafbarkeit auf Indernach	S. 8

Schäffer zeigt Kriegsgefangenen die kalte Schulter

Von E. G. Ritzel, M.d.B.

Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages habe ich wiederholt eine beschleunigte Auszahlung der Kriegsgefangenenentschädigung verlangt. Nach dem Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener vom 30. 1. 1954 wird ehemaligen Kriegsgefangenen für jeden Kalendermonat im ausländischen Gewahrsam und zwar frühestens vom 1. 1. 1947 an als Entschädigung ein Betrag von 30.-- DM gewährt, der sich nach weiteren zwei Jahren ausländischen Gewahrsams auf 60.-- DM erhöht.

Die Entschädigungsleistungen sind nach § 4 des Gesetzes bis zum 2. 2. 1959 in der Reihenfolge der sozialen Dringlichkeit zu zahlen. Die Zahlung erfolgt nach einer Punktschabelle auf Grund der Errichtung in sogenannte Dringlichkeitsstufen. Die Entschädigungen werden vom Bund in voller Höhe getragen. Für das Rechnungsjahr 1956 sind im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 319 Millionen DM vorgesehen. In den Rechnungsjahren 1957 und 1958 sollen weitere 632 Millionen DM bereitgestellt werden. Das bedeutet praktisch, dass zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene im kommenden Rechnungsjahr 1956 noch keine Entschädigung zu erwarten haben und viele von ihnen warten müssen bis zum Jahre 1958. In diesem Monat Februar wird erst die 16. Dringlichkeitsstufe aufgerufen. - 2 -

Mein Verlangen ist es, die Aufrufung der Dringlichkeitsstufen zu beschleunigen und für die dadurch entstehenden Kosten die augenblicklich sehr flüssige Kassenlage zu benutzen. Die Tatsache, dass Milliardenbeträge, die für die Rüstung vorgesehen sind, nicht verausgabt werden können und die Überlegung, dass der Bundesfinanzminister die Absicht hat, den Rüstungsbedarf im Rechnungsjahr 1958 (den er selbst auf 15 Milliarden DM beziffert) unter Beibehaltung einer jährlichen Aufbringung von 9 Milliarden DM und durch Übertragung der Reste aus den Rechnungsjahren 1955/56 und 1957 zu finanzieren, würden bei gutem Willen einem solchen Verlangen gerecht werden können. Es würde durchaus die Möglichkeit bestehen, den Spät- und Spätestheimkehrern durch die Verwendung der heute verfügbaren Mittel sehr viel früher zu ihrer Entschädigung zu verhelfen.

Der Bundesfinanzminister hat jedoch in einer kürzlichen Sitzung des Haushaltsausschusses mitteilen lassen, dass mehr Mittel als die im Haushaltsplacentwurf 1956 vorgesehenen 318 Millionen DM nicht zur Verfügung stünden, dass er nicht in der Lage sei, ohne Erhöhung dieses Ansatzes eine raschere Aufrufung der einzelnen Dringlichkeitsstufen vorzunehmen und dass nach seiner Auffassung eine Erhöhung des Ansatzes im Haushalt 1956 nicht möglich sei.

Diese kalte Ablehnung des Bundesfinanzministers trifft die auf eine Beschleunigung ihrer Auszahlung wartenden ehemaligen Kriegsgefangenen zweifellos sehr hart. Sie offenbart zudem eine Haltung, die den bitteren Vorleistungen unserer ehemaligen Kriegsgefangenen nicht gerecht wird. Bei gutem Willen sollte es angesichts der heutigen Haushaltslage dem Bundesfinanzminister keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereiten, die Heimkehrerentschädigungen wesentlich früher als vorgesehen zur Auszahlung zu bringen.

+ + +

Warum geht es Amerikas Farmern so schlecht ?

E.S., New York, Mitte Februar

Tag für Tag werden, teils von amtlicher Regierungsseite, teils von privater Stellen, neue Ziffern und Statistiken und optimistische Prognosen über die rosarote Konjunktur der amerikanischen Wirtschaft in die Welt hinausposaunt. Neue Rekorde der Vollbeschäftigung, neue Gipfel der Löhne und Gehälter, ein turnhoch geklettertes Nationaleinkommen, neue Rekordleistungen der Produktion und des Umsatzes: alles spricht von der einmaligen Blüte, deren sich die amerikanische Wirtschaft erfreut. Aber es gibt, was nicht immer genügend beachtet wird, in dieser blühenden Gesamtwirtschaft eine Anzahl "schwacher Punkte", in denen das Bild ganz anders aussieht. Es gibt nach wie vor das Problem der Altersrentner, vieler Kleingewerbetreibenden und einzelner örtlicher Krisenherde, z.B. den Fall kleiner Industriestädte, die bisher von einer einzigen Fabrik abhängen - die sich nur aus irgendwelchen Rentabilitätsabwägungen in eine andere Stadt verlagert hat. Und es gibt, vor allem, das Problem der Landwirtschaft, des grossen Stiefkindes der amerikanischen Wirtschaft.

Warum geht es den amerikanischen Farmern so schlecht ? Warum ist es trotz sorgfältigster Agrarpolitik der Regierung, trotz unendlicher Subventionen und Preisstützungsaktionen, deren sich die Landwirtschaft erfreut, trotz hoher Einfuhrzölle, die die ausländische Konkurrenz fernhält, und trotz unaufhörlicher Sanierungs- und Reformmassnahmen der Regierung nicht möglich, die amerikanische Farmbevölkerung auf ein ebenso hohes Lebens- und Sozialniveau zu stellen wie den Rest der Bevölkerung, und sie am Gesamtaufschwung der amerikanischen Wirtschaft anteilmässig teilhaben zu lassen ? Und warum führen alle amtlichen Hilfsmassnahmen die Farmer immer nur tiefer in ihre Misere hinein, trotz unbestreitbaren guten Willens aller Behörden, Gesetzgeber und städtischen Steuerzahler ?

Anbaufähiges Land liegt brach

Die Wurzel des Übels ist Überproduktion. Es ist schmerzhaft und anscheinend widerständig, das einzugestehen, ist aber doch die lautere

Wahrheit: die Farmer der Vereinigten Staaten produzieren zu viel (und zu gute) Baumwolle, Tabak, Weizen, Mais, Kartoffeln, Schweinefleisch, Butter, Geflügel, Reis, Erdnüsse usw.; das ist ihr Fluch. Es wird in Amerika schon längst nicht alles anbaufähige Land mehr effektiv angebaut; die Farmer sind längst dazu übergegangen, zweitklassigen Ackerboden, oder solchen der ungünstig weit von Verkehrslinien entfernt ist, nicht mehr zu bepflanzen. Aber selbst die reduzierte Anbaufläche erzeugt, dank der verbesserten modernen Methoden intensiver Bodenkultur, sehr viel mehr Agrarprodukte als das Land, trotz steigenden Lebensstandards und vermehrter Bedürfnisse, konsumieren kann. Es wird heute schon erklärt, dass die eigentliche wahre Revolution unserer Zeit nicht die Automatisierung, Technisierung und Rationalisierung der Industrie sei, sondern der entsprechende Prozess auf dem Lande: moderne Methoden der Bewirtschaftung, Bewässerung, Schädlingsbekämpfung, kräftiger Kunstdünger, erfolgreiche Bodenamelioration und Bodenkonservierung haben den Ertrag der Erde im kurzen Zeitraum einer Generation mehr als verdoppelt, - mit dem Resultat, dass sich jetzt alle Speicher, Lagerhäuser und Kühllhäuser des grossen Landes von Vorräten biegen, die sich nun einmal nicht verkaufen lassen.

Denn die Regierung ist durch Gesetz verpflichtet, die auf dem freien Markt nicht verkäuflichen Überschüsse aufzukaufen: das ist der Sinn des in Einzelheiten sehr komplizierten Agrarhilfsprogrammes des Staates. Seit der grossen Krise der dreissiger Jahre funktioniert das Programm, das allen Farmern, die sich ihm freiwillig unterwerfen (heute tun es fast alle), einen sorgfältig kalkulierten angemessenen "Paritätspreis" für ihre Produkte garantiert: können sie sie nicht zu diesem Preis absetzen, übernimmt sie der Staat. Als Gegenleistung müssen sie sich gewisse Anbauvorschriften gefallen lassen, - was dazu geführt hat, dass letztlin die Anbauflächen für gewisse Produkte reduziert worden sind. Über damit stopft man nur ein Loch, indem man ein anderes aufriss: reduzierte man z.B. den Anbau von Brotgetreide zugunsten von Weideland, so stieg das Schlachtviehangebot; reduzierte man Baumwolle zugunsten von Mais, das das wichtigste Schweinefutter ist, so stieg das Angebot von Schweinefleisch, bis es auf dem freien Markt beinahe verschenkt werden musste.

Eingeschränkte Exportschwierigkeiten

Erst seit kurzer Zeit ist dieses Kernproblem der Farmer, ihre Überproduktion, allgemein sichtbar geworden. Erstens hat sich dank der erwähnten Neuerungen der Agronomen, die Leistungsfähigkeit des Bodens erst letztthin gesteigert, und zweitens bestanden ja bis vor kurzer Sonderituationen, die das Problem verschleierte. Während des zweiten Weltkrieges waren die Streitkräfte jederzeit willige Abnehmer aller heimischen Überschüsse; in der unmittelbar auf ihn folgenden Hungerperiode in Europa und Asien konnten sie, unter UNRRA, Marshallplan und den verschiedenen anderen Hilfsprogrammen, ins Ausland versandt werden, und auch der koreanische Krieg erlaubte einen gewissen Mehrverbrauch. Jetzt aber ist im Weltmarkt eine "Normalisierung" entstanden, die Agrarproduktion nahezu aller Länder der Erde funktioniert normal, für die noch notwendigen Exporte sorgen klassische Exportländer wie Australien, Kanada, Neuseeland, Frankreich, Argentinien, Ägypten (Baumwolle!), Cuba (Zucker!), die Türkei (Tabak!) und so weiter - und deren Preise liegen weit unter den amerikanischen. Sucht aber der amerikanische Landwirtschaftsminister einmal Exportpreise zu finanzieren, um einen Teil seiner Lager zu leeren, - dann gibt es "Dumping"-Beschrei von den konkurrierenden Ländern, diplomatische Proteste in Washington, und die Aktion muss wieder schnell abgeblasen werden.

Belohnung für Nichtanbau

Der neue amerikanische Regierungsplan sucht jetzt, den ganzen Prozess umzukehren. In ihrer Verzweiflung, und inmitten hitziger innenpolitischer Debatten über die Agrarkrise, inmitten allgemeiner Blüte, offeriert jetzt die Regierung ein Programm, das anstelle der Subventionen für Agrarprodukte, Subventionen für Verringerung der Anbaufläche vorsieht. Mit anderen Worten: der Farmer wurde bisher bezahlt für das was er anbaute, - und fortan für das, was er nicht anbaut. Mit diesem Programm will die Regierung eine Art Bodenreserve anlegen, das Brachland und Weideland wird vermehrt, für künftige denkbare Notituationen. Wie weit ein solches Programm echte Hilfe ist, kann noch nicht prophezeit werden. Sachverständige behaupten, es werde, so grausam das auch klingt, nichts anderes übrig bleiben, als eine Anzahl kleinerer unrentabler Farmen, deren Boden schlecht ist und die sich seit Jahren nur mit Hilfe der Staatssubventionen mühsam über Wasser halten, zur Stilllegung zu ermutigen und die betroffenen Familien zu unterstützen, sich neue Existenzen in der Stadt aufzubauen (was heute im Stadium der Vollbeschäftigung ja leicht möglich ist). Eine andere Lösung der Agrarkrise sei bei bestem Willen nirgends und niemals zu finden. +

"Arbeitslosenhilfe" - eher verschlechtert als verbessert

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages hatte vor einiger Zeit gefordert, die unzulänglichen Unterstützungen der Arbeitslosen bis zum Erlass der dem Bundestag vorliegenden Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch Sonderzulagen, vor allem an langfristig Arbeitslose, aufzubessern. Mit den Anträgen sollte nicht der kommenden Sozialreform vorgegriffen werden. Der Vorstoss der SPD, den auch die Koalitionsparteien nicht zurückzuweisen wagten, führte im Ausschuss für Arbeit zu einem Vorziehen des Abschnittes der Novelle, der sich mit der Arbeitslosenfürsorge befasst - künftig Arbeitslosenhilfe genannt -, um diesen Personenkreis schon jetzt in den Genuss höherer Leistungen zu bringen. Nach langwierigen Beratungen hat der Ausschuss einen Gesetzesentwurf beschlossen, der in Kürze im Plenum des Bundestages zur Beratung kommen wird. Was bringt dieser Gesetzesentwurf?

Folgende Probleme sind von Bedeutung:

- 1) Die Arbeitslosenfürsorge war bisher in den Ländern unterschiedlich geregelt. In den norddeutschen Ländern konnte jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige, der beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet war, Arbeitslosenfürsorgeunterstützung erhalten, ohne dass er vorher eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben musste oder versicherungsmässige Unterstützung bezogen hatte. Also auch bisher Selbständige oder Hausfrauen fielen hierunter. In den süddeutschen Ländern dagegen war Voraussetzung der vorherige Bezug von versicherungsmässiger Arbeitslosenunterstützung. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass der Entwurf diese Rechtsungleichheit im Bundesgebiet beseitigt. Es wird aber nicht die günstigere norddeutsche Regelung übernommen. Der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe wird vielmehr davon abhängig gemacht, dass innerhalb des letzten Jahres vor Arbeitslosennmeldung eine Beschäftigung von mindestens zehn Wochen in abhängiger Tätigkeit nachgewiesen wird. Der Bundesminister für Arbeit kann allerdings durch Rechtsverordnung Ausnahmen zulassen; gedacht ist hierbei vor allem an bisher Selbständige. Die Neuregelung ist für den überwiegenden Teil der Länder eine wesentliche Verschlechterung. In Zukunft werden auch in den norddeutschen Ländern zahlreiche Arbeitslose keinen Unterstützungsanspruch haben, sondern die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen.
- 2) Bisher gab es für den Bezug der Hilfe keine Altersbegrenzung.

In Zukunft soll nach Vollendung des 65. Lebensjahres kein Unterstützungsanspruch mehr bestehen. Auch das bedeutet eine Verschlechterung.

- 3) Der Anspruch soll grundsätzlich nach zwei Jahren erlöschen. Abgesehen von einem süddeutschen Land, das eine dreijährige Grenze hatte, gab es nach den bisherigen Bestimmungen keine zeitliche Begrenzung. Auch hierdurch werden der öffentlichen Fürsorge weitere Personenkreise zugeführt. Es gibt noch genug Notstandsgebiete, in denen eine lange Arbeitslosigkeit nicht darauf schliessen lässt, dass der Unterstützungsempfänger nicht arbeiten will oder kann. Bedenklich ist die Bestimmung, dass man dem Arbeitslosen den Beweis zuschiebt, dass er sich ernstlich um Arbeit bemüht hat.
- 4) Die Forderung der SPD, die Unterstützungssätze der Arbeitslosenfürsorge denen der Arbeitslosenversicherung anzugleichen, fand keine Zustimmung. Nur bis zu einem Wochenverdienst von 50.-- DM werden die Unterschiede, die in Übrigen in den unteren Gruppen nicht hoch waren, beseitigt. Bei Einkommen über dieser Grenze werden die Unterstützungssätze um etwa 12 % erhöht, wobei diese Erhöhung aber erst bei den höheren Einkommen zur Auswirkung kommt. Diese Begrenzung ist unverständlich. Gerade der langfristige Arbeitslose ist notleidend. Ausserdem dürften aber auch nur wenig Unterstützungsempfänger von der vollen Angleichung profitieren. Nach den statistischen Unterlagen des Bundesarbeitsministers entfallen auf die Lohngruppen bis 50.-- DM höchstens knapp 15 % aller Unterstützungsempfänger. Die Masse ist also weiterhin benachteiligt. Gerade bei den langfristigen Arbeitslosen sollte man berücksichtigen, dass sie einen besonderen Bedarf zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit haben.
- 5) Erhöht werden die Einkommensfreigrenzen des Arbeitslosen auf 9.--DM wöchentlich (bisher 6.-- DM) und des Ehegatten auf 30.-- DM (bisher 24.-- DM). Diese Erhöhung entspricht nicht den inzwischen wesentlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und Löhnen. Bedauerlich ist auch, dass die Unfallrentner hinsichtlich der Nichtanrechnung ihrer Unfallrente nicht den Kriegsbeschädigten gleichgestellt werden. In Fürsorgerecht ist diese Gleichstellung 1953 erfolgt. Aber alle Anträge der SPD wurden abgelehnt.
- 6) Beseitigt werden die bisherigen Möglichkeiten, Sonderbeihilfen und Mietzuschläge zu gewähren. Nur für eine Übergangszeit von drei Monaten können bisherige Beihilfen weitergewährt werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass zwar einige Verbesserungen eintreten, denen aber erhebliche Verschlechterungen gegenüberstehen. Interessant ist dabei, dass erstmalig eheähnliche Verhältnisse in einem Gesetz genannt und Eheleuten gleichgestellt werden. Im Fürsorgerecht geschieht dieses zwar auch, ohne dass es gesetzlich festgelegt ist.

Bei einer Beurteilung der Neuregelung sollte man nicht übersehen, dass die neuen Unterstützungssätze immer noch sehr niedrig -8-

sind und bei einem Vergleich mit den Fürsorgegerichtsätzen bedenklich stimmen. Nur die Alleinstehenden werden - abgesehen von den untersten Lohngruppen - die Fürsorgegerichtsätze überschreiten. Schon bei Ehepaaren mit einem Kind haben nur die höchsten Lohngruppen eine Unterstützung über den Sätzen der öffentlichen Fürsorge. Die Masse der Unterstützungsempfänger wird daher zusätzlich die Fürsorge in Anspruch nehmen müssen.

+ + +

Konfessionell verzapfte Soldatenfreizeit

KJ. Unsere neuen Soldaten müssen, ob sie wollen oder nicht, ihr Bier aus konfessionell streng unterschiedenen Hähnen zapfen lassen. Der "Central-Club" in Anderneck ist eine katholische Einrichtung - die einzige bisher auf dem Bauselter "Soldatenheime". Ein Pfarrer steht dem Ganzen vor, der streng darauf achtet, dass die protestantischen Soldatengäste den Katholischen nicht zuviel Platz wegnehmen. Weil es gar zu schlecht aussähe, wollte man den Andersgläubigen überhaupt und grundsätzlich einen kühlen Frank verweigern, wurde ein (!) Zimmer des Clubs grossmütig Protestanten überlassen. Ob sie als Äquivalent höhere Preise für das Genossene zahlen müssen, ist nicht bekannt. Auch die Toilettenfrage scheint nicht eindeutig geregelt, doch kann man sich in der gegebenen Situation vorstellen, dass auch eine gemeinsame Abortbesetzung schwierig zu lösende Probleme aufwerfen wird.

Die evangelische Kirche will man gleichziehen: in Kasernenanähe baut sie ein Holzhaus für ihre Glaubensfreunde im bunten Rock. Denn, wie man erfährt, gefällt ihnen die Verkehrsregelung in katholischen "Central-Club" nicht. Im Grunde kann man ihr das nicht verdenken, denn es dürfte wohl sicher sein, dass die neuen Wehrmachtangehörigen in ihrer Mehrzahl nicht Katholiken sein werden. Wir haben also die Situation, dass unsere Helden von morgen in der Freizeit auf konfessionellen Klavieren musizieren, konfessionelles Tischtennis spielen und konfessionelles Bier trinken. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht so unsagbar traurig wäre.

Was soll nun werden, wenn es erst einmal Krieg gibt? Dann kann man doch auch nicht zwischen katholischen und evangelischen Maschinengewehren unterscheiden. Wenn sich der Soldatenheim-Betrieb weiter auf andere Bezirke des Schenkungsmatratzen-KommiB' auswirkt - in der Personalpolitik Blanks soll das schon vorgekommen sein - werden wir mit Sicherheit eine Wehrmacht von niedergewesener Schlagkraft haben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau